

irme  
den  
b billig  
riert  
ard, Calw  
gen Wiesen  
enhausstraße,  
elstätt, Nähe  
rstraße  
die Geschäfts-  
inem  
mann!  
hes  
ungen  
feinen  
ständnis-  
hren und  
nehmen,  
zu billig-  
k u. Gold-  
führt bei  
Optiker  
raße 42  
tätte  
rennholz  
ner  
ndeln  
Fernsprecher  
Nr. 160  
en  
s-  
ns  
en  
nd  
ch  
as  
er  
h-  
em  
en  
gs-  
ge  
die  
at-  
ge-  
die  
er-

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklamenteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

**Auf Sammelanzeigen**  
kommen 50% Zuschlag

**Für Plakatschriften**  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Gerichtsstand**  
für beide Teile ist Calw



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 35 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 35 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

**Schluss der Anzeigen-**  
**annahme 8 Uhr vormittags**

**In Fällen höherer Gewalt**  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

## Noch keine Entscheidung Adolf Hitlers

Hitler hält Regierungsbildung auf parlamentarischer Grundlage für unmöglich und unterbreitet dem Reichspräsidenten Vorschläge für ein Präsidialkabinett

U. Berlin, 23. Nov. Die Antwort auf die Rückfragen Hitlers ist gestern mittag überreicht worden. Sie ist sehr ausführlich gehalten, enthält keinen Termin für eine endgültige Stellungnahme Hitlers und läßt überhaupt jede Möglichkeit für weitere Verhandlungen offen. Wie verlautet, liegt die Antwort des Staatssekretärs Meißner an Hitler in der Linie, daß der Gedanke einer Präsidialregierung es ausschließe, daß sie von dem Führer einer politischen Partei gebildet werde. Es käme daher nur in Frage, den Versuch zu machen, eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage zustande zu bringen, daß also für das beschriebene Programm wenigstens eine tolerierende Mehrheit gefunden werde.

In den gefrigen späten Nachmittagsstunden hatte es durchaus den Anschein, daß die nationalsozialistische Führung geneigt ist, sich zu dem Auftrag des Reichspräsidenten an Adolf Hitler positiv einzustellen und die vom Reichspräsidenten gewünschten Feststellungen in Fühlungnahme mit den Parteien zu treffen. Bevor sich jedoch Adolf Hitler endgültig für die Annahme des Auftrages entscheidet, wurden noch eingehende Beratungen für notwendig gehalten, wobei wiederum auch mit anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Fühlung gehalten wurde.

### Adolf Hitler schiebt die Entscheidung hinaus

Die Entscheidung Adolf Hitlers, ob er den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung eines Kabinetts auf parlamentarischer Grundlage annehmen will, ist gestern abend nicht mehr gefallen und wird erst heute im Laufe des Vormittags erfolgen. In den Abendstunden haben sich in nationalsozialistischen Kreisen die Bedenken gegen die Annahme des Auftrages wieder verstärkt, da eine direkte Fühlungnahme mit anderen Parteien doch nicht das Ergebnis hatte, das man zunächst zu erwarten schien, andererseits die Bedingungen des Reichspräsidenten, die aus der Antwort des Staatssekretärs Meißner auf die Rückfragen hervorgingen, durchaus unverändert geblieben sind. Hitler hat sich deshalb entschlossen, dem Reichspräsidenten heute eine Denkschrift überreichen zu lassen. Diese Denkschrift ist noch gestern abend von einer Kommission, an der Strasser, Fried und Goebbels maßgebend beteiligt waren, entworfen und noch in der Nacht Hitler vorgelegt worden. Wie die „D.N.Z.“ erfährt, wird die Denkschrift die Forderung nach einem Präsidialkabinett enthalten. Hierfür würden positive Vorschläge gemacht werden, die vor allem davon ausgingen, daß die Nationalsozialisten eine autoritäre Regierung stets für notwendig gehalten hätten und sich nun auch praktisch für eine solche Lösung zur Verfügung stellen wollen. — Die „Börzenzeitung“ glaubt, daß der Führer der NSDAP. trotz berechtigter Zweifel an der Durchführbarkeit des Versuches einer parlamentarischen Lösung gut tun würde, wenn er den Versuch wagen und Verhandlungen mit anderen Parteien im Sinne des Auftrages Hindenburgs einleiten würde, schon deshalb, damit seine Bedenken wegen der praktischen Durchführbarkeit der parlamentarischen Lösungen eventuell bestätigt würden. Wesentlich bedeutungsvoller erscheint der „Börzenzeitung“ die Möglichkeit, auf diesem Wege zu einer Wiedervereinigung der Garbinger Front zu gelangen.

### Annäherungsbestrebungen zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, sind seit Dienstagvormittag starke Bemühungen im Gange, eine Annäherung zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen herbeizuführen; die nach Möglichkeit auch auf die Deutsche Volkspartei und den Stahlhelm ausgedehnt werden soll. Im nationalsozialistischen Lager sei beispielsweise der Herzog von Koburg eingetroffen, der sich stets in den Dienst solcher Bemühungen gestellt habe. Der frühere Reichsbaupräsident Dr. Schacht habe, wie in politischen Kreisen verlautet, im gleichen Zusammenhang eine Aussprache mit dem deutschnationalen Parteiführer Dr. Hugenburg geführt. Diese Bestrebungen, so schreibt die „D.N.Z.“ zum Schluß, zielen natürlich weniger darauf ab, eine Mehrheit für ein neues Kabinett zu schaffen, als vielmehr eine Basis zu suchen, von der aus ein neues Präsidialkabinett — also im Falle eines Scheiterns der Versuche, Hitler für die Regierungsbildung zu gewinnen — sich auf breitere Volkskreise als bisher stützen könnte.

Von maßgebender Stelle des Reiches wendet man sich dagegen, daß in einem Teile der Presse Mißtrauen gegen die Absichten des Reichspräsidenten gefät werde. Diese Gerüchte könnten nur den Zweck haben, die Verhandlungen zu fören und den ernsthaften Charakter der Verhandlungen zu Zweifel zu ziehen. U. a. wird festgestellt, daß die in der Presse verbreiteten Mitteilungen über angebliche 8 Punkte

Hindenburgs, in den Hitler unterbreiteten Bedingungen auf freier Kombination beruhen. Die Bedingungen, die der Reichspräsident gestellt habe, enthielten nur ganz allgemeine Punkte und im wesentlichen Dinge, die sich aus der Verfassung von selbst ergäben. Was die Unterredung angeht, die der Reichspräsident am Sonntag vormittag mit dem Reichskanzler von Papen hatte, so wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß der Reichspräsident seine weiteren Entscheidungen selbstverständlich auch mit dem amtierenden Reichskanzler bespricht.

### Der Eindruck in Berlin

In unterrichteten Kreisen hatte man gestern abend den Eindruck, daß eine endgültige Entscheidung möglicherweise auch heute noch nicht erfolgen werde, da man sich immer noch im Stadium der Vorfrage befinde, wie der Auftrag des Reichspräsidenten an Adolf Hitler für die Regierung praktisch eigentlich gedacht sei. Selbst wenn also Hitler heute den Auftrag im Sinne einer parlamentarischen Mehrheitsbildung als undurchführbar ablehnen würde, könnte dies in einer Form geschehen, die die Kandidatur Hitlers für den Reichskanzlerposten noch keineswegs erledigt. Es sei denn, daß sich der Reichspräsident anders entschiebe. So meint die „Germania“, daß die Beratungen eine deutliche Entwicklung von dem parlamentarischen zum Präsidialkabinett zeigten. Man müßte die Antwort des Staatssekretärs Meißner in vollem Wortlaut kennen, um eindeutig feststellen zu können, ob diesem Bestreben der nationalsozialistischen Führung entgegenkommen gezeigt werde. In unterrichteten Kreisen nehme man an, daß Hitler zwar den parlamentarischen Versuch ablehne, aber seine Partei für ein Präsidialkabinett unter seiner Führung zur Verfügung stelle. Die „Tägliche Rundschau“ hält bereits für feststehend, daß eine rein parlamentarische Krisenlösung für die Nationalsozialisten nicht in Frage komme, ohne daß damit gesagt werden könne, daß die von manchen Kreisen für möglich gehaltene Wiederkehr von Papens schon in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt sei. Das Blatt unterstellt weiter Herrn von Papen eine gewisse Urheberschaft an den Hitler gestellten Bedingungen; man wolle auf diese Weise die Nationalsozialisten auf ein Gleichmaß überziehen, dessen ent-

## Tages-Spiegel

Die Frage der Regierungsbildung ist immer noch ungelöst. Hitler wird heute dem Reichspräsidenten eine Denkschrift überreichen lassen, die positive Vorschläge für ein Präsidialkabinett enthält.

Zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen hat gestern eine Fühlungnahme stattgefunden, die als Auftakt zu einer Wiederannäherung beider Parteien angesehen wird.

In Genf hat Reichsaußenminister von Neurath neue Besprechungen zur Klärung der Gleichberechtigungsforderung mit den Hauptvertretern Englands und Amerikas gehabt.

Die Weltwirtschaftskonferenz soll voraussichtlich Ende April oder Anfang Mai nächsten Jahres stattfinden.

Der König von England eröffnete gestern mit einer Thronrede die neue Sitzungsperiode des englischen Parlaments.

Auf der dalmatischen Insel Brazza vor Spalato kam es zu Gewalttaten gegen italienische Staatsbürger. Die südslawische Polizei schritt nicht ein.

scheidende Weichen man selber besetzt hatte, um bei Gelegenheit den notdürftig zusammengepöppelten Zug zum Entgleisen zu bringen. Im Gegensatz dazu sagt die „D.N.Z.“, daß die ganze Frage falsch gestellt sei, wenn man den Nationalsozialisten einrede, sie sollten in eine „Falle“ gelockt werden. Das Beispiel des Kabinetts Brüning lehre — und damit deutet das Blatt den Inhalt der Antwort Meißners an Adolf Hitler an —, daß auch ein von parlamentarischer Grundlage ausgegangenes Kabinett bei entsprechendem Vertrauen des Reichspräsidenten in die Lage versetzt werden könne, sich des Art. 48 zu bedienen, wenn der Reichstag versage und keine andere Möglichkeit übrig bleibe. Das Blatt fordert weiter von den Faktoren der Rechten wie von den amtlichen Persönlichkeiten unter allen Umständen ehrliches Spiel mit Hitler. Der „Tag“ berichtet, daß in den kritischeren Gegenfragen Hitlers an Meißner gegen die Bedingung der Beibehaltung des Wirtschaftsprogramms, entsprechend der bisherigen Notverordnung, nichts eingewendet worden sei.

## Die deutsche Gleichberechtigungsforderung in Genf

Erneute deutsch-englische Aussprache über den Wiedereintritt in die Abrüstungskonferenz

— Genf, 23. Nov. Zwischen Neurath und Simon fanden gestern weitere Verhandlungen statt. Darin ist von neuem der Stand der diplomatischen Verhandlungen in der Gleichberechtigungsforderung durchberaten worden. Simon unterrichtete den deutschen Außenminister über seine Besprechungen mit den Vertretern Frankreichs und den Vereinigten Staaten. Von zuständiger deutscher Stelle wird zu der Unterredung ausdrücklich festgestellt, daß hierbei die deutsche Gleichberechtigungsforderung klar und eindeutig gestellt und daß selbstverständlich der deutsche Vertreter in keinem Punkte von dieser Forderung abgewichen sei. Jedoch biete nach deutscher Auffassung der englische Plan gewisse Möglichkeiten für weitere Verhandlungen, wenn auch in zahlreichen Punkten eine Klärung des englischen Planes unerlässlich sei.

Neurath wird heute Verhandlungen mit Henderson und A. L. L. führen. Für eine optimistische Beurteilung der Lage liegt nach deutscher Auffassung keine Veranlassung vor, da der weitere Gang der Verhandlungen von der ungeklärten Haltung der französischen Regierung in der Gleichberechtigungsforderung abhängt.

Auf deutscher Seite erklärt man, daß die französische Regierung nunmehr eindeutig und klar zu der deutschen Gleichberechtigungsforderung Stellung nehmen müsse und daß von dieser Stellungnahme der Ausgang der Verhandlungen abhängig sei. Ob und wann direkte Besprechungen zwischen den Vertretern Deutschlands und Frankreichs in Genf stattfinden werden, ist noch nicht zu übersehen. Die Voraussetzungen für eine fünfjährige Zusammenkunft werden insbesondere auf deutscher Seite als noch nicht genügend geklärt angesehen, da die Stellungnahme der französischen Regierung aussteht. Auf französischer Seite erklärt man, daß der Kriegsminister Paul-Boncour nicht in der Lage sei, den ersten Schritt zu direkten deutsch-französischen Besprechungen zu tun. Selbstverständlich liegt auf deutscher Seite keinerlei Veranlassung vor, an die französische Regierung zwecks Verhandlungen in der Gleichberechtigungsforderung heranzutreten.

Herriots Reise nach Genf auf unbestimmte Zeit verschoben

Die Reise Herriots nach Genf, die ursprünglich auf heute festgesetzt war, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Herriot hält seine Anwesenheit in Genf im Augenblick für unnötig, da die Arbeiten der Abrüstungskonferenz kaum vor dem 28. November beginnen würden. Auch die Verhinderung Macdonalds, sich nach Genf zu begeben, soll bei dem Entschlus Herriots eine gewisse Rolle gespielt haben.

### Zusammentritt des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz noch nicht abzusehen

Henderson teilte in der Bürostung der Abrüstungskonferenz am Dienstag mit, daß der Hauptauschuss voraussichtlich noch nicht in der Woche nach dem 28. November zusammentreten werde, da bisher eine Einigung zwischen Grobmächten über die schwebenden großen Fragen noch nicht zustande gekommen sei. Von französischer Seite wird mitgeteilt: Erst nach eingehender Prüfung des englischen und französischen Planes durch die hauptinteressierten Mächte könne geklärt werden, ob eine Einigung in der Gleichberechtigungsforderung möglich sei oder nicht. Eine Behandlung des französischen Planes im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz habe keinen Zweck, solange nicht eine Einigung zwischen den Grobmächten erzielt sei.

### Die Kriegsschuldenfrage

U. Washington, 23. Nov. Präsident Hoover, Schatzsekretär Mills und Roosevelt, der in Begleitung von Prof. Moley erschienen war, hielten am Dienstagvormittag im Weißen Hause eine zweistündige Besprechung über die Kriegsschuldenfrage ab. In der amtlichen Erklärung über die Konferenz heißt es: Präsident Hoover und Roosevelt besprachen ausgiebig die vorliegenden Fragen. Sie hatten das Gefühl, daß ein Fortschritt erzielt wurde. Der Präsident wird heute mit den Kongressführern verhandeln und die Fragen weiter verfolgen.

Die demokratischen Kongressführer haben beschlossen, allen Versuchen nach Herabsetzung oder Streichung der Kriegsschulden Widerstand entgegen zu setzen.

# Vor großen Entscheidungen

## Schuldenfrage, Gleichberechtigung, Weltwirtschaft

Schon die erste Woche nach den amerikanischen Wahlen ließ erkennen, was für ein unerhörtes Hindernis der Präsidentschaftswahlkampf für die Entwicklung der Weltpolitik gewesen ist. Vielleicht muß man das auch so ausdrücken: welche feige Entschlossenheit von dieser sonderbaren, dieser skandalösen Angst vor dem amerikanischen Wähler ausgegangen ist, obwohl gerade ihm, mit Ausnahme der Deutschen, am allermeisten durch einen rüstigen Gewaltmarsch der Lösung der großen Fragen entgegengebeugt worden wäre. Was haben die Amerikaner davon, daß der Präsident Hoover „eifern“ an dem Schloßstein der amerikanischen Kriegsschulden festhält? — Arbeitslosigkeit von mehr als zehn Millionen hochbezahlter Arbeiter und alle die sich aus dem Kaufkraftschwund von ihren zehn Milliarden Mark Löhnen ergebenden Schrumpfungskatastrophen ihrer gesamten Volkswirtschaft.

Die Schuldenfrage bildet den Schlüssel zu allen großen weltpolitischen Aufgaben, die durch den Krieg gestellt und bis heute um keinen einzigen Schritt der Lösung näher gebracht worden sind. Die Kriegsschuldenforderung der Amerikaner blieb vom Ruhrreinfall über den Dawesvertrag bis zum Youngplan die Peitsche, die alle Völker mit ihren unerträglichen, unerfüllbaren Forderungen gegen Deutschland hegte, Dawes, der Amerikaner, und kein anderer verhinderte in London die von den Engländern befürwortete gemäßigte Gestaltung des Ausbeutungsplanes, der seinen Namen trägt, im Interesse der amerikanischen Schuldenforderungen. Je höher man die Tribute trieb, desto weniger brauchte Amerika von seinen wucherischen Kriegsschulden abzugeben. Deshalb machte ein anderer Amerikaner, Young, gleich Dawes Beauftragter des Bankhauses Morgan, in Paris und im Haag auf das genaueste über die Goldhaltung der deutschen Zahlungen trotz dem Zusammenbruch der Dawes Tribute, und auch die vorläufige Abschlußregelung von Lausanne weist noch die harte Bremswirkung von der Schuldenlast her auf. Aber einen Nutzen für die Amerikaner, sei es auch nur für sie allein, brachte diese hartnäckige Haltung nicht. Wir sahen mit vollem Recht auf sie die Weltkrise zurück, und zu ihren unmittelbaren Ergebnissen gehören die deutsche finanzielle Julikrise von 1932, der ihr bald folgende Zusammenbruch der englischen Goldwährung und zugleich auch die Preisgabe der ihrer letzten Stützen beraubten mittel- und südeuropäischen kleineren Staaten an die finanzielle und politische Raubgier Frankreichs, Vorgänge, die im gesamten wertvollen europäischen Abgabengebiet der Vereinigten Staaten umfassende Ausfälle bedingten und zu schwersten wirtschaftlichen Rückschlägen bei ihnen selbst der Anlaß waren.

Die amerikanischen Politiker, an der Spitze natürlich der Präsident, von dem die Welt nun erlöst werden soll, singen sich aber in den eigenen Fesseln des Dogmas der Nicht-

Einmischung in europäische Angelegenheiten, obwohl sie seit dem Eintritt in den Weltkrieg mit beiden Füßen, mit dem halben Leibe drinstanden. Aber nun hat Europa keine Zeit mehr. Nach den Wahlen gehen in Washington zahlreiche Erklärungen um Nuffschub der am 15. Dezember fällig werdenden Zinsen und Amortisationen der europäischen Staaten ein. Die in der Form zahnte und doch gleichzeitig in der Sache schärfste kam aus London. England beschränkt sich auf die „Anregung“ der Zahlungsaussetzung. Es stellt keine Anträge und macht keine Vorschläge. Es regt nur an. Aber alle Welt weiß, daß die 33 Millionen Goldpfund, die heute schon 50 Millionen Papierpfund geworden sind, daß die am 15. Dezember fällig werdenden 600 Millionen Goldmark englischer Zahlungen nicht im Haushalt Großbritanniens verzeichnet stehen! Mehr! England löste längst auch den in den Vereinigten Staaten unterhaltenen Goldfond in der gleichen Höhe auf. Er war in den Vorjahren mit stolzer Geste jenseits des Atlantik sozusagen ausgestellt, so, um aller Welt kundzutun, daß England zur Leistung seiner Amerika-Verbindlichkeiten jederzeit in der Lage sei. Ein prächtiges Reklamemittel, auf dessen Rückseite, allerdings in unsichtbaren Lettern, aber sehr, sehr groß geschrieben stand: Solange Deutschland Tribute zahlt.

Das ist vorbei. Nach den Wahlen können die Vereinigten Staaten auch die Fiktion nicht mehr aufrecht erhalten, als sollten sie auf ein „Recht“ verzichten. Es wird sich sehr bald erweisen, daß der Druck, den Amerika in der Abrüstungsfrage mit dem Schuldenjoch ausüben konnte, federleicht geworden ist. Amerika erschütterte die einst felsenfeste englische Zahlungsmoral und verleitete MacDonald zu dem betrügerischen Bankrott der Nichtanerkennung der englischen Pfundschulden im Ausland als Goldpfundschulden. Wenn England nicht mehr zahlt, wer in aller Welt wird dann noch die Hand in die Brieftasche stecken, um sich als ehrlicher Mann zu zeigen! Aber dennoch marschiert die Abrüstungsfrage. Nach dem Schicksalstag vom 15. Dezember, der die Uneinleitbarkeit der amerikanischen Kriegsschuldenforderungen offenbar machen wird, scheint Amerika aus der Schlüsselstellung in diesem großen Problem herauszufallen. Jedenfalls wirkt in ihr heute schon viel stärker antreibend die Haltung Deutschlands in der Gleichberechtigungsfrage. Die jüngste Simonrede ließ schon die teilweise Preisgabe des Versailler Vertrages erkennen. Das wird in Paris ganz klar empfunden, und deshalb betreibt man dort die Verschleppung der Weltwirtschaftskonferenz, deren Erfolg ebenfalls ohne Verzicht Amerikas auf die Kriegsschulden und sämtlicher Auslandsmächte auf Versailles unmöglich ist. Aber auch diese Frage drängt nunmehr immer stärker zu gewissen Lösungen, die seit Hoovers Niederlage leichter als bisher vorbereitet werden können.

## Der Mandchurei-Konflikt vor dem Völkerbundsrat

Genf, 22. Nov. Die außerordentliche Tagung des Völkerbundsrates, die zur Regelung des Mandchurei-Konflikts auf der Grundlage des Lytton-Berichts einberufen worden ist, begann unter dem Vorsitz des irischen Ministerpräsidenten De Valera. Die Verhandlungen sind von der allgemeinen Auffassung beherrscht, daß das Schicksal des japanisch-chinesischen Streites von entscheidender Bedeutung für die Weiterentwicklung in der Abrüstungsfrage ist. Man weiß, daß die japanische Regierung ohne eine ihren Wünschen entsprechende Regelung der mandchureischen Frage jede Beteiligung an einem Abrüstungsabkommen ablehnen wird und daß damit die Lösung der Flottenfrage im Rahmen der Abrüstungskonferenz für die Vereinigten Staaten und die englische Regierung unmöglich gemacht wird. Darüber hinaus hängt auch das Schicksal der Weltwirtschaftskonferenz, das

eng mit der Lösung der Abrüstungsfrage verbunden ist, von einer sofortigen befriedigenden Lösung der mandchureischen Frage ab. Außerdem würde ein Austritt Japans, mit dem im Falle erfolgloser Verhandlungen des Rates allgemein gerechnet wird, den Völkerbund tödlich treffen.

In einer 1/2stündigen Rede entwickelte zuerst Matjuka-Japan die bekannten Gedankengänge der japanischen Denkschrift zum Lytton-Bericht und legte in einer aufsehenerregend scharfen Erklärung die Stellung Japans zum Völkerbund fest. Die japanische Regierung habe den mandchureischen Konflikt nicht vor den Völkerbund gebracht:

1. weil das Nationalgefühl Japans eine äußere Einmischung in die Mandchureifrage niemals zugelassen hätte,
2. weil die mit dem Völkerbundsverfahren verbundenen Schritte die Stellung der japanischen Staatsangehörigen einschleppend für die Koreaner in der Mandchurei aufs schwerste gefährdet hätten,
3. weil die japanische Mentalität sich wesentlich von der westlichen Mentalität unterscheidet.

## Millionen auf der Landstraße

Roman von Anny v. Panhuys.

50. Fortsetzung

Nachdruck verboten

Er brach ab, denn Joachim Markus fiel ihm lebhaft ins Wort: „Das ist nach meiner Ansicht eine ganz hervorragende Idee, die Sie da äußern, Herr Colina. Und es ist auch noch keinesfalls zu spät, sie zu verwirklichen. Dieser Mensch ist gut zu verwenden in unserer Sache, ihn hegen wir auf den Bengel und das, sobald als möglich. Sie sollen mich nicht mehr lauwarm finden.“ schloß er mit einem kleinen Lächeln.

„Um einer schönen Frau willen sind noch ganz andere Dinge geschehen, als daß ein Mann vorübergehend Wichtiges mit geringererem Interesse behandelt hätte,“ meinte Colina. „Aber daß Ihnen mein Einfall zusagt, freut mich sehr! Ich werde noch heute an die Adresse schreiben und um den Besuch unseres etwas unterirdischen Freundes bitten. Er wohnt im Baradenviertel des Montjuich. Selbst hingehen kann man nicht gut. Unserer fällt in der Gegend natürlich auf.“

Die Einladung Colinas, wieder bei ihm im Hause zu wohnen, schlug Joachim Markus aus, sagte vielen Dank dafür und versprach, sich häufig in der Torre Colina sehen zu lassen.

Als ihn Frau Anna dann am nächsten Tag begrüßte, tat sie, als sei ihr der liebste Freund nach langen Jahren aus der Fremde heimgekehrt.

Aber Joachim Markus kannte die südländische Art nun schon.

Jose Colina hatte schnellstens an Emilio Pino geschrieben, ihn um seinen Besuch gebeten. Doch man wartete vergebens auf Antwort oder persönliches Erscheinen des jetzt so dringend Gewünschten.

Emilio Pino erschien nicht und ließ auch nichts von sich hören.

Man gab die Hoffnung bereits auf, als endlich eines Abends — Jose Colina kam eben mit Joachim Markus aus dem Kontor der Colina-Wette — der vornehme Diener Au-

fino meldete, seit einer Stunde warte der Direktor eines Kinos auf Senor Colina.

Ein bißchen erstaunt nahm der Herr des Hauses die Nobig große Visitenkarte entgegen, um sie dann seinem Gast zu zeigen.

Es stand mit sehr auffallenden Buchstaben darauf:

Emilio Pino,

Director del Cine Paraiso.

Barcelona.

Beide Herren empfingen den sehnsüchtig Erwarteten. O wie hatte er sich gemausert, seit sie damals seine Bekanntschaft gemacht!

Sogar sein Gesichtsausdruck, der jetzt etwas Spießiges, Braves hatte.

Doch das war nur eine schlechthühende Maske, die im Laufe der Unterhaltung immer wieder abrutschte.

Er trug einen dunkelgrauen Anzug und einen distret dunklen Schlips mit überzeugend echter Perle.

Ein paar Brillantringe funkelten selbstbewußt an seinen Fingern und er meinte gemessen:

„Ich habe es mir ein bißchen überlegt, ob ich Ihrer Bitte Folge leisten sollte, Herr Direktor Colina, denn als ich zum erstenmal hier war, spielte sich mein Dasein noch in allerhand Unsicherheit ab. Inzwischen aber habe ich mir festen Boden unter die Füße geschaffen, und ehrlich gestanden, man erinnert sich nicht gern an früher, nachdem man es zu einer Position gebracht. Aber die Herren waren damals nett zu mir und deshalb dachte ich, wenn ich nun zwar inzwischen ebenfalls Direktor geworden bin, ich könnte ja mal sehen, was man von mir wünscht.“

Colina war jetzt, nach dieser Borrede, schon überzeugt, der aufgelaufene Mensch würde kaum Interesse für das Anliegen haben, das man an ihn stellen wollte.

Aber einen Besuch konnte er immerhin machen.

Emilio Pino hörte ihn ruhig an bis zu Ende, meinte danach: „Ja, wenn Sie mich damals mit einer guten runden Summe gekittelt hätten, würde ich den Bengel wohl entdedt haben. Ich habe mich persönlich damals nicht mehr bemüht. Ich reiste bald nach der Sache ins Ausland. Aber meine

4. weil nach dem Eintreten des Bruches die Ereignisse ihren normalen Verlauf genommen hätten.

In dieser Erklärung sieht man hier eine uneingeschränkte Abgabe Japans an den Völkerbund und die Betonung gleich zu Beginn der Verhandlungen, daß die japanische Regierung die Oberhoheit und Zuständigkeit des Völkerbundes für die Regelung der mandchureischen Frage nicht anerkenne.

## Wellington Koo antwortet und klagt an

In der Nachmittags-Sitzung wurde die Rede des chinesischen Delegierten Wellington Koo weitergeführt. Wellington Koo wies darauf hin, daß der japanische Abwehrplan nicht nur die Abwehr von Angriffen, sondern darüber hinaus die Befestigung von Mufden und der ganzen Mandchurei vorgesehen habe. Das könne man nicht mehr Selbstverteidigung nennen. Die Behauptung, China sei kein organisierter Staat, sei eine Beleidigung für China. Das Land befinde sich gegenwärtig in einer Wandlung, um zu einer modernen Demokratie zu werden. Trotz aller Störungen von außen her, vor allem von Japan, habe China Fortschritte gemacht, das gehe schon aus der Zunahme des Außenhandels hervor.

Die Einigung Chinas sei bisher immer wieder durch die traditionelle Eroberungspolitik Japans gegen den asiatischen Kontinent gestört worden. Diese Eroberungspolitik habe mit Korea und Formosa begonnen, sie greife jetzt nach der Mandchurei und Mongolei und darüber hinaus nach Zentralchina und nach der Beherrschung der ostasiatischen Meere. Wenn Japan sich über den Boykott beklage, so dürfe man nicht vergessen, daß der Boykott eine friedliche Waffe zur Abwehr eines Eindringlings sei. Der chinesische Nationalismus sei nicht fremdenfeindlich. Tausende von Ausländern lebten friedlich in China.

Die Frage, die sich jetzt stelle, gehe dahin, welche Lösung gefunden werden müsse. Die Lösung müsse auf dem Grundsatze der Achtung der Souveränität und politischen Unabhängigkeit sowie der territorialen Unverletzlichkeit Chinas erfolgen. Es ergebe sich daraus ferner der Anspruch auf die Wiedergutmachung und Reparationen für das angegriffene China. Eine grundlegende Vorbedingung für eine endgültige Regelung des japanisch-japanischen Konflikts bleibe die Zurückziehung der japanischen Truppen. Der Augenblick für den Völkerbund, schnell und wirksam zu handeln, sei gekommen. Wenn man zögere, werde es nicht nur zu neuem Blutvergießen in der Mandchurei kommen, sondern das allgemeine Vertrauen in den Völkerbund vielleicht in nie wieder gutzumachender Weise erschüttert werden. Nach der Rede Wellington Koo wurde der Völkerbundsrat auf Mittwoch vertagt.

## Forderungen

### der amerikanischen Gewerkschaften

11. Cincinnati (Ohio), 22. Nov. Auf der Jahrestagung der amerikanischen Gewerkschaften wurde zum erstenmal die Forderung auf Einführung der zwangsweisen Erwerbslosenversicherung erhoben. Die Kosten sollen von den Arbeitgebern getragen werden. Weiter wurde die Einführung des Sechsstunden-Arbeitstages und der 5-Tage-Arbeitswoche, eine Steuer für große Vermögen, die Einführung der Wohlfahrtsunterstützung und die Abschaffung der Prohibition verlangt. Die Redner stellten fest, daß 40 Millionen der amerikanischen Bevölkerung infolge der Krise verarmt seien. 60 Millionen lebten unter dem Existenzminimum. Ueber 11 Millionen seien erwerbslos. Die halbe Bevölkerung in den Vereinigten Staaten verhungere langsam.

## Bestellen Sie das Calwer Tagblatt!

Sehnsucht nach Barcelona ließ mir keine Ruhe und als ich Gelegenheit hatte, hier das Kinotheater Paraiso zu kaufen, kam ich zurück. Ein Freund aus meiner früheren Wohngegend sorgte dafür, daß ich Ihren Brief erhielt.

Er redete hübsch langsam und überlegte dabei, ob er verraten sollte, was er wußte, ob er verraten sollte, daß er den jungen Menschen einmal wiedergesehen.

Aber eigentlich durfte er das nicht, denn das Kerlchen hatte ihn für den Streich, den es ihm gespielt, ja reichlich schablos gehalten.

Colina jagte etwas drängend: „Sie meinten, wenn wir Ihnen damals eine gute runde Summe geboten hätten, würden Sie den Bengel wohl entdedt haben? Vielleicht ist es Ihnen aber auch jetzt noch möglich?“ Er gestand: „Wir hatten seinerzeit einen sehr renommierten Detektiv, aber er fand den Gesuchten nicht.“

Emilio Pino lachte püffig: „Unserer hat doch ganz andere Verbindungen als ein Detektiv, man weiß Wege, von denen er keine Ahnung hat, unserer —“

Er hielt etwas betreten inne, weil ihm mit einemmal einfiel, er war ja jetzt der Direktor des Kinos „Paraiso“ und nicht mehr „unserer“.

Er hüftelte, nestelte an seinem tadellos sitzenden Schlips herum und sagte mit halblauter Stimme: „Ich bedauere außerordentlich, Ihnen nicht gefällig sein zu können,“ und erhob sich.

„Nein! Er wollte das Kerlchen, das ihm zuletzt ganz sympathisch gewesen, nicht verraten.“

„Ich ging es jetzt gut und er brauchte auf solche Weise nichts zu verdienen.“

Colina übersehte Joachim Markus mit kurzen Worten das Wichtigste der Unterhaltung. Beide waren sehr enttäuscht.

In diesem Augenblick klopfte der Diener an und bat seinen Herrn, wenn irgend möglich, für kurze Zeit zu „Senora Colina, die etwas Dringendes mit dem Senor besprechen müsse.“

# Württembergischer Landtag

Mittel für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge  
Freiwilliger Arbeitsdienst

Am Dienstag war der Finanzausschuss wieder zu einer Sitzung zusammengetreten. Der Wirtschaftsminister hat dem Finanzausschuss mitgeteilt, daß von den in Kap. 73 Lit. 3 des Staatshaushaltplans für 1932 veranschlagten Mitteln durch Einsparung bei dem Ausbau der Staustufe Münster weitere 250 000 RM. nicht benötigt werden. Diese 250 000 RM. sollen auf Kap. 73 Lit. 1 übertragen werden. Auf Antrag des Berichterstatters Weimer erklärt sich der Finanzausschuss hiermit einverstanden. Die nationalsozialistische Fraktion hatte einen Antrag auf Vetreuung der Notstandsarbeiten und des Freiwilligen Arbeitsdienstes durch einen staatlichen Techniker eingebracht. Berichterstatter Weimer (Soz.) wandte sich gegen diesen Antrag. Der Freiwillige Arbeitsdienst sei reichsrechtlich geregelt. Das Land habe auf die Entscheidungen der Reichsstellen bzw. des Bezirkskommissars keinen Einfluß. Die Antragsteller müßten sich an das Reich wenden. Sowohl für den Träger der Arbeit als des Dienstes entscheide der Präsident des Landesamtes. — Ein nationalsozialistischer Redner legte die grundsätzliche Seite der Arbeitsdienstpflicht dar. Leider sei die Arbeitsdienstpflicht in die freiwillige Arbeitsdienstpflicht umgebogen worden. Es sei beabsichtigt, neue technische Ämter beim Landesamtsamt zu schaffen. Die durch den nationalsozialistischen Antrag geforderte Regelung bedeute eine Vereinfachung und Beseitigung von Ressortschwierigkeiten und die Beseitigung der Rivalität zwischen den Organisationen. — Der Wirtschaftsminister führte aus, zu dem Antrag sei seitens der Regierung schwer Stellung zu nehmen, da viele reichsrechtliche Fragen berührt werden. Im großen und ganzen gehe die Abwicklung in Württemberg gut von statten. Durch den Antrag geforderte Neuorganisationen könnten kleinere Reibungen ebenfalls nicht verhindern. Zu den geplanten Technikerkommissionen des Landesamtes habe der Präsident des RM. dem Wirtschaftsministerium mitgeteilt, daß dieser Plan nicht zur Ausführung komme. Nach längerer Aussprache wurde ein Antrag des Berichterstatters angenommen, über den Antrag Blantenborn (NS.) zur Tagesordnung überzugehen. Die Annahme erfolgte mit 9 Ja- (Z., D.D., S., W.B.) gegen 5 Nein-Stimmen (NS.) und 2 Enthaltungen (C.V.D., K.). Damit war der nationalsozialistische Antrag abgelehnt. Im Verlauf der Debatte erklärte ein Redner des Zentrums, sowohl die technische Zusammenfassung wie die Zusammenfassung der Mittel in einer Hand sei nicht wünschenswert. Er beantragte folgende Entschließung: Der Landtag legt Wert darauf, daß die technische Planung von Notstandsarbeiten und Arbeiten des Freiwilligen Arbeitsdienstes bei den bestehenden technischen Landesämtern verbleibt. Er geht davon aus, daß die Zusammenarbeit zwischen dem Landesamtsamt, Wirtschaftsministerium und den technischen Stellen eine so enge ist, daß die Arbeiten einerseits nach volkswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten und andererseits ohne Zeitverlust durchgeführt werden. Diese Entschließung wurde im ersten Teil mit 15 Ja gegen eine komm. Stimme (Enthaltung) angenommen, in ihrem zweiten Teil mit 10 Ja (Z., D.D., S., W.B., C.V.D.) bei 6 Enthaltungen (NS., K.).

Bei der Berichterstattung des Abg. Scheffold (Z.) über einige Eingaben von privater Seite wurde auf Antrag des Berichterstatters einstimmig beschlossen, das Gesuch der Architekten A. Kiderer und Schwaderer dem Staatsministerium zur Erwägung zu übergeben. Die Architekten suchten darum nach, bei der weiteren Planbearbeitung zum Wiederaufbau des Alten Schlosses zu gemeinsamer Arbeit herangezogen zu werden.

## Neuhausbesitzernot

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages fragt die Regierung: Bei der großen Rundgebung der Neuhausbesitzer am 13. November in Stuttgart ist darüber Klage geführt worden, daß von dem württembergischen Staatsministerium auf die vom Landtag am 18. Oktober gefassten Beschlüsse hin noch nichts veranlaßt worden sei. Diese Beschlüsse sollten dem bedrohten Neuhausbesitz Erleichterung bringen und die Sicherheit schaffen, daß ohne eigene Schuld in Not geratenen Neuhausbesitzern der unter großen Opfern gekaufene Besitz erhalten bleibt. Wie groß der Kreis der Neuhausbesitzer ist, die unverschuldet in Not geraten, bewies der gewaltige Andrang aus dem ganzen Lande zu der erwähnten Veranstaltung. Nach den Mitteilungen der Redner bei dieser Rundgebung sehen sich die notleidenden Neuhausbesitzer in der Hauptsache aus Arbeitern, kleinen und mittleren Beamten und Angestellten, sowie aus Kleinbauern und Kleinhandwerkern, also aus Angehörigen breiter Schichten der hand- und fopparbeitenden Bevölkerung zusammen. Wir bitten das Staatsministerium darüber um Auskunft, ob es zutrifft, daß die Landtagsbeschlüsse vom 18. Oktober zur Anwendung bei dem Neuhausbesitz drohenden Gefahren dem Staatsministerium bisher eine Veranlassung nicht gegeben haben, weitere Entschlüsse zu fassen bzw. um Mittelung derjenigen Anordnungen, die auf Grund dieser Beschlüsse getroffen worden sind.

## Aus Württemberg

Um die Fortsetzung des Ausbaues der Kleingartenstraßen  
Im Bezirksrat Neuenbürg wurde von einem Schreiben der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG. in Berlin Kenntnis genommen, nach welchem die für den 1. Abschnitt des Bauteils 2 der Kleingartenstraßen erforderlichen Mittel, soweit sie nicht durch die Grundförderung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gedeckt sind, von ihr als Darlehen zur Verfügung gestellt werden. Sobald die Grundförderung verwirklicht ist und einige weitere erforderliche Verhandlungen zwischen den Lastenträgern zum Abschluß gebracht sind, steht der Inangriffnahme der Notstandsarbeit, die 20 000 Arbeitslosentagewerke umfaßt, nicht mehr im Wege.

## Aufnahme in das Hauswirtschaftliche Seminar Kirchheim u. T.

Das Kultministerium gibt bekannt, daß evangelische Bewerberinnen zur Ausbildung als Fachlehrerinnen für Hauswirtschaft, Handarbeit und Turnen in das Hauswirtschaftliche Seminar Kirchheim u. T. und voraussichtlich auch in den einjährigen Lehrgang der Frauenarbeitschule Stuttgart aufgenommen werden. Bewerberinnen mit katholischem Bekenntnis können im Hinblick auf die große Zahl unverwendeter katholischer Lehrerinnen 1933 und 1934 nicht aufgenommen werden. Bei der Aufnahmeprüfung wird gründliches praktisches Können in Handarbeit und im Kochen, sowie eine gute Allgemeinbildung vorausgesetzt. Geprüft wird in Deutsch, bürgerlichem Rechnen, neuerer Geschichte, Erd- und Naturkunde (mit Gesundheitslehre). Besonderer Wert wird auf die Fähigkeit zu gutem Ausdruck im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Muttersprache gelegt. Die Meldungen sind auf 10. Januar einzureichen.

## Geschwinderer Warenverkauf

Der Reichswirtschaftsminister hat dem Württembergischen Mittelstandsbund für Handel und Gewerbe ein Schreiben zugehen lassen, in dem es u. a. heißt: „Es wird in den zuständigen Reichsministerien gegenwärtig die Frage geprüft, unter welchen Voraussetzungen es dem Einzelhandel, und zwar nur dem Einzelhandel, gestattet werden kann, durch Automaten, die in räumlicher Verbindung mit einem Ladengeschäft stehen, auch nach 7 Uhr und an Sonntagen solche Waren zu verkaufen, die in dem Ladengeschäft feilgeboten werden. Von verschiedenen Seiten wird darauf hingewiesen, daß eine solche Regelung nicht nur zu einer Belebung der Automatenindustrie führen, sondern auch dem Einzelhandel die Möglichkeit schaffen würde, die beachtlichen Umsätze, die gegenwärtig durch den teilweise geschwinderen Warenverkauf in Bahnhöfen und in Gast- und Schankwirtschaften nach 7 Uhr abends und an Sonntagen erzielt werden, wenigstens zu einem Teil wieder dem Einzelhandel zuzuführen. Jedenfalls sind die Klagen über die angeblich beabsichtigte Schaffung einer weiteren Konkurrenz zu Lasten des Einzelhandels nicht begründet. Im übrigen sind die Beratungen der Reichsministerien, unter denen das Reichswirtschaftsministerium federführend zuständig ist, noch nicht abgeschlossen. Im Auftrag: gez. Michel.“ Bemerkenswert ist die Tatsache, daß hier ein deutscher Reichsminister den Warenverkauf in Bahnhöfen und in Gast- und Schankwirtschaften nach 7 Uhr abends und an Sonntagen ausdrücklich als „teilweise geschwinder“ bezeichnet.

## Ein Opfer der Landstraße

Letzte Woche befand sich ein Wanderbursche auf dem Wege Ulm—Günzburg. Bei Günzburg befel den Mann ein Unwohlsein und er mußte ins Krankenhaus verbracht werden, wo er verstarb. Aus den Papieren konnte man ersehen, daß es sich um einen Mann handelt, der 4 Jahre lang mit Auszeichnung im Felde gekämpft hatte. Da seine Verdienste gerade auf den Gedenktag für die Gefallenen fiel, wurde sie mit allen Ehren und unter einer Beteiligung der Einwohnerschaft durchgeführt, wie sie dem ersten Bürger nicht besser zugute kommt. Der Geistliche gedachte des „Unbekannten Soldaten“, der Gefangenen sang ihm ins Grab und drei Salven ehrten den Krieger.

## Aus Stadt und Land

Calw, den 23. November 1932.

### Gefallenen-Gedächtnisfeiern im Bezirk

In Althengstett wurde vergangenen Sonntag der im Weltkrieg Gefallenen in Wort und Lied ehrend gedacht. Nach gemeinsamer Teilnahme des Krieger-, Gesang- und Musikvereins am Vormittagsgottesdienst, in welchem Pfarrer Schimpf in treffenden Worten der Gefallenen gedachte und tiefempfindenden Dank für ihre Opferwilligkeit zum Ausdruck brachte, stellte sich vor der Kirche ein großer Trauerzug auf. Unter Vorantritt des Musikvereins bewegte sich der Zug zum Kriegerdenkmal auf dem Friedhof, an welchem eine Ehrenwache im Stahlhelm aufgestellt genommen hatte. Nach einem einleitenden Musikstück und Vortrag des Liedes „Wir liebten uns wie Brüder“ durch den Niederkrantz, wurden Kränze mit dem Ernst des Tages entsprechenden Ansprachen niedergelegt von Bürgermeister Braun namens der Gemeinde und von Vorstand Fabrikant Petri namens des Kriegervereins. Während sich die beiden Fahnen über dem Ehrenmal senkten intonierte die Musik das Kameradenlied. Drei Salven ehrten die toten Helden. Mit dem Musikstück „Das Grab in Flandern“ fand die erhebende Feier ihren Abschluß.

In erhebender Weise und seltener Geslossenheit ehrte am Totensonntag Deckenpfronn die Gefallenen des Weltkrieges. Kriegerverein und Niederkrantz zogen mit umflorter Fahne ins Gotteshaus, um dort mit der versammelten Gemeinde dem Trauergottesdienst beizuwohnen. Pfarrer Lauffer gedachte in ergreifender Weise der Toten, insbesondere der Gefallenen. Anschließend fand beim Kriegerdenkmal eine Gedächtnisfeier statt. Nach einem die Feier einleitenden Vorspiel des Possaunenchor's gedachte Pfarrer Lauffer mit erstem Wort und Gebet unserer toten Helden. Der Niederkrantz brachte den Chor „Heldenlage“ zum Vortrag, worauf der Schriftführer des Kriegervereins, Gottlob Höpfer, eine Gedächtnisrede hielt, in welcher er die Toten und ihr heiliges Opfer ehrte, zu Zusammenarbeit und zur Einigkeit im Dienst am Volke mahnte und besonders die Jugend zu treuem Volkstum aufrief. Ein den gefallenen Kameraden gewidmetes Gedicht mit Kranzniederlegung und das Senken der Fahnen vor dem Denkmal beschloßen die schlichte, eindrucksvolle Feier.

In Zwerenberg veranstaltete der Gesangverein am Sonntagabend im Schulsaal eine Gefallenen-Gedenkfeier. Nach dem Männerchor „Hör uns, Gott Herr der Welt“ hielt Hauptlehrer Schwenk eine längere Ansprache und erinnerte mit ersten, tiefgefühlenden Worten an die schicksalsschweren Stunden des Krieges mit all seinem Leid und ermahnte zum Schluß, daß das Gedenken an die Gefallenen auch bei dem

kommenden Geschlecht nicht erlöschen möge. Hierauf verlas Pfarrer Kübler die Namen der Gefallenen von den Gemeinden Zwerenberg, Gaugenwald, dazu die im Zwerenberger „Krieger-Totenbuch“ eingetragenen letzten Berichte dieser Toten, denen er noch ehrende Worte im Sinn des Wortes „Niemand hat größere Liebe, denn die, daß er sein Leben läßt für seine Freunde“ widmete. Die Wunden, die der Krieg einst gerissen hat, schmerzten in manchem Herzen aufs neue wieder. Gemeinsam wurde dann das Lied gesungen: „Ich hatt' einen Kameraden“. Hierauf folgte die Aufführung „Grenzmark“. Ein ernstes deutsches Mahnspiel mit dem Untertitel „Freiheit und Treue“. Es spricht darin ein Stück Gegenwart und Zukunft unseres Volkes, worin der Wille zum Ausdruck kommt: „Wir kämpfen nicht um Sie, sondern um unsere Freiheit allein“. Alte Kriegs- und Soldatenlieder, Lieder von Tod und Ewigkeit wurden dazu von beiden Singchören vorgetragen, und so fand die Feier mit dem Schlußchor: „Wir treten zum Belen vor Gott den Gerechten“ einen würdigen Abschluß.

## Arbeitsjubiläum in Neuhengstett

Am 15. November d. J. waren es 20 Jahre, daß Fräulein Christine Talmon im Dienst bei Emil Ayaße zum „Röfle“ stand. Dieses in gegenwärtiger Zeit gewiß seltene Ereignis veranlaßte den Dienstherrn, die Freunde des Hauses zu einer Feier auf letzten Sonntag einzuladen. Im voll besetzten Saale des Gasthauses vereinigten sich diese um die Jubilarin. Zu Beginn der Feier dankte der Dienstherr derselben sichtlich ergriffen für all die Treue, Gewissenhaftigkeit und Selbstlosigkeit, mit der sie seit Beginn ihrer Dienstzeit in Haushalt, Küche und Wirtschaft ihrer Arbeit nachging und so zu einer unerforschlichen Stütze ihrer Herrschaft geworden ist. Den sichtbaren Ausdruck für die große Wertschätzung seiner Angestellten gab er durch Ueberreichung eines wertvollen Geschenkes. Auch in anderen Ansprachen wurde die Treue und Liebenswürdigkeit der Jubilarin gefeiert. So wurde dieses Jubiläum zu einem Ehrentag für Angestellte und Herrschaft.

## Nachdienstübung der Feind-Feuerwehr

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, beabsichtigt das Kommando der Feind-Feuerwehr Calw in der nächsten Zeit wieder eine Nachdienstübung abzuhalten. Der Alarm wird bereits in den frühen Abendstunden gegeben, um Unzuträglichkeiten durch Nachrußbestimmung u. a. zu vermeiden. Wenn also in diesen Tagen abends in der üblichen Weise die Feuerwehralarmsignale ertönen, besteht zu Besorgnissen kein Anlaß.

## Vortrag in Bad Liebenzell

Am Montag abend fand im Hotel „Adler“ in Bad Liebenzell ein Vortrag von Herrn Joseph Sieb vom Deutschen Schulverein über die Südmark statt. Der Redner verstand es in überzeugender Weise zum Ausdruck zu bringen, wie notwendig es ist, daß wir den Deutschen in den Grenzgebieten und in den geraubten deutschen Ländern, die unter Einsetzung ihres Lebens und ihrer Existenz um ihr Volkstum ringen und dabei Gefahr laufen seelisch zermüht zu werden, tatkräftig helfen, daß sie das Bewußtsein haben, einen Rückhalt zu haben. Ein solcher Bund für die bedrängte Südmark ist der Andreas Hofer-Bund! Entsprechend der Anregung des Redners meldeten sich drei der Anwesenden zum Beitritt in diesen Bund. In der Aussprache hob Stadtpfarrer Lempp die Arbeit des Gustav-Adolf-Vereines hervor, der seit langen Jahren schon in diesen Ländern nationale Arbeit geleistet habe. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Gustav-Adolf-Verein nunmehr noch durch andere Bünde in seinem Kampf um Erhaltung deutschen Volkstums unterstützt werde.

## Ausstellung des Kaninchenzüchtervereins Calw

Kommenden Sonntag veranstaltet, wie aus dem Anzeigenteil hervorgeht, der Kaninchenzüchterverein Calw und Umgebung eine Kleintierzucht-Ausstellung in der städt. Turnhalle. Es ist an dieser Stelle schon öfters über den volkswirtschaftlichen Nutzen der Kleintierzucht und deren vorteilhafte Aufnahme durch Erwerbslose geschrieben worden. Kleintierzucht ist gerade in Zeiten wirtschaftlicher Not eine Angelegenheit, die das Interesse weitester Bevölkerungskreise finden sollte. Der Verein darf daher gewiß mit einem guten Besuch seiner für den Tierfreund und Züchter in jeder Hinsicht interessanten und lehrreichen Ausstellung rechnen.

## Wetter für Donnerstag und Freitag

Infolge der nördlichen Depression ist für Donnerstag und Freitag veränderliches, zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Beim Kaffeekochen ist die  
Hauptsache eine gute  
Kaffeewürze! Darum  
nehme man immer

Mühlen  
Franck  
Kaffee  
Zu jedem Kaffee



Gehingen, 22. Nov. Der vergangene Montag brachte dem sonst so stillen Dorf eine sehr erwünschte Abwechslung. Es wurden von einer auswärtigen Lebensmittelgroßhandlung etwa 47 Zentner Rinsen aufgekauft und bar ausbezahlt; für kleine Ware wurde pro Zentner 10 RM., für mittlere Rinsen bis 16 RM. gegeben. Es ist durchweg schöne Ware, welche auf Gehinger Markung besonders gern gelehrt. Ebenso wurden am gleichen Tag von einem Sindelfinger Fuhrmann 70 Zentner Haber geholt und pro Zentner mit 6,50 RM. bezahlt.

Altensteig, 22. Nov. In der Nacht auf Sonntag wurde die seit den Wahlen auf dem Kamin des alten Armbrusterischen Brauhauses wehende Hakenkreuzflagge von Kommunisten entfernt und mitgenommen. Zwei kurze Zeit darauf hinzukommende Nationalsozialisten konnten noch einige der flüchtenden Täter erkennen. Von nationalsozialistischer Seite wurde Strafanzeige wegen Diebstahl erstattet.

Herrenberg, 22. Nov. Verunglückt sind abends am Bettelhausberg ein Herr und eine Dame vom Erholungsheim Giltstein. Sie wurden von einem Radfahrer von Oberndorf von hinten angefahren und beide nicht unerheblich verletzt.

St. Horb, 22. Nov. Ein hiesiger junger Mann, der in der Uhrenfabrik in Fischeningen arbeitet, fuhr abends nach Erhalt seines Wochenlohnes mit dem Rad nach Hause. In der Nähe des Raiffeisenhauses kam ein Fremder auf ihn zu mit der Bitte um Feuer. Auf die Erwidern des Mannes, er habe keines bei sich, da er Nichtraucher sei, drang der Fremde mit einem Stock auf ihn ein und forderte sein Geld. Der Angegriffene sprang vom Rad, warf dieses geistesgegenwärtig gegen den Angreifer und flüchtete nach dem Raiffeisenlagerhaus hinab, von wo er sich nach Dettingen begab und den Vorfall anzeigte.

Stuttgart, 22. Nov. Der Prozeß Dr. Wolf-Kienle dürfte im Sande verlaufen. Frau Dr. Kienle hat sich in Frankreich mit einem Amerikaner verheiratet und soll sich bereits auf der Ueberfahrt befinden. Man glaubt deshalb, daß bei ihr keine Absicht besteht, sich für den Prozeß in Stuttgart, der wohl in absehbarer Zeit zur Verhandlung kommen soll, zu stellen.

Stuttgart, 22. Nov. Im Andenken an die Toten der Württ. Armee wurde am Totensonntag von General der Infanterie a. D. Freiherrn von Soden ein Lorbeerkranz an dem die Ehrennamen mit den Namen der mehr als 80 000 Gefallenen bergenden Ehrenschrein des Heeresmuseums im

Jede überflüssige Einfuhr von 6000 R.-M. Industriewaren oder von 2250 R.-M. Nahrungsmitteln macht eine deutsche Familie ein Jahr arbeitslos.

**Kauft Deutsche Ware und Ihr schafft Arbeit und Brot**

Neuen Schloß niedergelegt. — Das Staatsministerium hat, mehrfachen Wünschen aus den Kreisen der Beamtenschaft entgegenkommend, beschlossen, zunächst versuchsweise für die Zeit vom 1. Dezember 1932 bis 31. März 1933 die tägliche Dienstzeit bei den Staatsbehörden in Abweichung von § 57 der Dienstordnung auf folgende Tagesstunden zu legen: an den fünf ersten Wochentagen auf 7.30—12 Uhr und 2—6.30 Uhr, an den Samstagen auf 7.30 bis 1.30 Uhr, am 24. und 31. Dezember auf 7.30 bis 12 Uhr.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse

Stuttgart, 22. Nov. Auf dem Aktienmarkt verlief die Börse sehr ruhig. Für Goldpfandbriefe zeigte sich größere Nachfrage.

U. Berliner Produktenbörse vom 22. November

Weizen, märk. 196—198; Roggen, märk. 155—157; Braugerste 170—180; Futter- und Industrieergerste 161—168; Hafer, märk. 126—131; Weizenmehl 24,25—27,10; Roggenmehl 20 bis 22,25; Weizenkleie 9,40—9,75; Roggenkleie 8,60—9; Vitoriaerbsen 21—26; K. Speiseerbsen 20—23; Futtererbsen 14 bis 16; Reinfuchen 10,10—10,20; Erbsenfuchen 10,80; Erbsenmehl 11,10; Erbsenschmelz 8,90; Extrahiertes Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Stettin 11; Allgemeine Tendenz: festig.

Stuttgarter Großmärkte

Mostobstmarkt auf dem Wilhelmplatz: Zufuhr 80 Ztr. Preis 6 M. — Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 100 Ztr. Preis 2,70—3,00 RM für 1 Ztr.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt

Dem Dienstagmarkt am Stadt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 50 Ochsen (unverkauft 10), 41 Bullen, 265 (20) Jungbullen, 251 (5) Kühe, 429 (90) Rinder, 1516 (30) Kälber, 2001 (50) Schweine, 6 Schafe.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

	22.11. Pfg.	17.11. Pfg.		22.11. Pfg.	17.11. Pfg.
Ochsen:			Kühe:		
ausgemästet . . .	29—31	—	fleischig . . . .	12—15	—
vollfleischig . . .	24—27	—	geringgenährte .	9—11	—
fleischig . . . .	22—24	—	Kälber:		
Bullen:			feinste Mast- und		
ausgemästet . . .	23—24	23—24	beste Saugkälber	33—37	34—38
vollfleischig . . .	22—23	21—22	mittl. Mast- und	28—32	30—34
fleischig . . . .	20—21	20—21	gute Saugkälber	23—26	25—28
Jungkinder:			geringe Kälber .		
ausgemästet . . .	31—34	31—34	Schweine:		
vollfleischig . . .	24—28	24—27	über 300 Pfd. . .	44—45	43—44
fleischig . . . .	21—24	20—23	240—300 Pfd. . .	43—44	42—43
geringgenährte .	—	—	200—240 Pfd. . .	42—43	41—43
Kühe:			160—200 Pfd. . .	41—42	39—41
ausgemästet . . .	22—25	—	120—160 Pfd. . .	39—40	39—41
vollfleischig . . .	17—20	—	unter 120 Pfd. .		
			Sauen . . . . .	30—36	28—35

Marktverlauf: Großvieh mäßig, Ueberstand; Kälber langsam; Schweine langsam, Ueberstand.

### Amtl. Bekanntmachungen Markt-Gesuch.

Die Gemeinde Göttingen, der durch Erlaß des württ. Landesgewerbeamts vom 30. November 1928 Nr. 6600 die Erlaubnis zur Abhaltung von 2 Rindvieh- und Schweinemärkten je am 1. Donnerstag im Februar und am 3. Mittwoch im November erteilt worden ist, hat um Verlängerung dieser Genehmigung nachgelacht.

Einwendungen gegen das Gesuch sind binnen 14 Tagen vom Tage der Veröffentlichung an beim Oberamt anzubringen.

Herrenberg, den 21. November 1932.  
Oberamt: Dr. Battenberg

Althengstett, den 22. November 1932.

### Dankagung



Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir während der Krankheit und dem Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen

**Katharine Flik Wwe.**

erfahren durften, sowie für die überaus zahlreiche Begleitung von nah und fern zu ihrer letzten Ruhestätte sagen wir herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.



### Trauer-Drucksachen

aller Art liefert rasch die Druckerei ds. Bl.

### Großer Preisabbau!

Wir liefern ab heute:  
**Herren-Sohlen** zu Mk. **2.60**  
**Damen-Sohlen** zu Mk. **1.80**  
genäht oder geklebt Mk. —.30 mehr.  
Wir garantieren für I. Qualität  
Kernleder bei bester Verarbeitung.

**Schuhinstandsetzung**  
„Fortschritt“ Lederstr. 25

### Unsere Serientage

— .95, 1.45, 1.95, 2.95 und 3.95

dauern nur noch bis **Samstag abend, den 26. Nov.**; benützen Sie die günstige Gelegenheit, Ihren Einkauf zu decken. Auf alle übrigen Artikel gewähren wir bis dahin einen **Rabatt von 10 Prozent.**

### Geschwister Kleemann

Marktplatz 24 Biergasse 2

### Advents- kranzkerzen

in verschiedenen Farben und Größen empfiehlt billigst **R. Hauber**

### Gaben

für den **Weihnachtsbaum** des Stuttgarter evangelischen Sonntagsblattes nimmt gerne entgegen **Emma Bauer, Badstraße**

### Rehrichter



in jeder Größe empfiehlt

**Carl Herzog**  
Eisenhandlung

### Advents- kerzen

empfehlenswert **Ch. Schlatterer.**



Zum Geburtstag den guten **Serva-Kaffee.** Der Kaffee, der allen schmeckt **G. Serva, Galw** Fernsprecher 120

### Ausnahme-Angebot in

### weiß Baumwollflanell

einseitig geraucht

**Gute Ware**

das Meter 50, 60, 65, 70 Pfg.

Nur solange Vorrat

**Paul Rüdtele, am Markt, Calw**

G. m. b. H.



### Große Kaninchen- ausstellung

am **Sonntag, den 27. November 1932**, in der **Lernhalle in Calw.**

Eintritt: 20 Pfennig, Erwerbslose und Kinder 10 Pfennig

### Frische Seefische

treffen heute ein:

### Puppen

jeder Art repariert **Perücken** von 60 Pfg. an  
Friseur Odermatt

**Unreines Gesicht, Mitesser, Pickel und Pusteln** verschwinden unt. Garantie durch

**Cehafin-Teintwasser** Fl. 2.30 u. 1.30. Ermittlich: **Ritterdrogerie Carl Bernsdorff.**

Sie schädigen sich selbst,

wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu halten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

Vor Schaden bewahren Sie sich,

wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das **Calwer Tagblatt**, das Sie über alle Vorkommnisse im Bezirk unterrichtet.

### Rabliou

im ganzen Fisch Pfd. **30** Pfg.

**Rabliou-Filet** extra o. Bauchlappen Pfd. **50** Pfg.

frisch gewässerte **Stockfische** Pfd. **28** Pfg.

Frische **Büchlinge**

**Lachsgeringe**

**Sprossen**

**Seesal**

Praktisch für den Haushalt. Wiltk. als Geschenk ist unfer

### Sparpaket

enthaltend: 1 Pfd. Mehl 1 Pfd. Erbsen 1 Pfd. Reis

1/2 Pfd. Zweifelhagen 1/2 Pfd. Kokosfett 4 Fleischbrüh-Würfel

**1.-** und 5% in Rabattmarken

### Pfannkuch

Inferieren bringt Gewinn!